

Bundespolitische Positionen und Anregungen für eine *Andere Weiterbildung* der Bundesarbeitsgemeinschaft Andere Weiterbildung“ (BAW) zur Bundestagswahl 2013

Prolog: Leitideen und Ziele einer *Anderen Weiterbildung*

Weiterbildung ist entscheidend für das gesamte Spektrum gesellschaftlicher und persönlicher Daseinsvorsorge. Lebensbegleitendes Lernen umfasst daher neben berufsbezogener Qualifizierung gleichberechtigt die politische, persönliche, allgemeine und kulturelle Bildung.

Stichpunkte sind in diesem Kontext

- die Gestaltung einer Gesellschaft der Vielfalt (Inklusion),
- das politische und bürgerschaftliche Engagement mündiger Bürger_innen,
- die individuellen Persönlichkeitsentwicklung und soziale Einbindung.

Andere Weiterbildung à la BAW zeichnet sich durch ein ganzheitliches Bildungsverständnis und die dezentrale, zielgruppenorientierte Struktur ihrer Bildungs(netz)werke aus. Hieraus ergeben sich

- direkte Zugänge zu politikfernen und bildungsbenachteiligten Adressat_innen,
- innovative Formen aufsuchender Bildungsarbeit,
- eine große Themen- und Methodenvielfalt sowie
- zielgruppenübergreifende Synergien

Kurz: *Andere Weiterbildung* ist zukunftsorientiert und „systemrelevant“!

Vor diesem Hintergrund sind für eine zukunftsfähige Bildungspolitik folgende Punkte besonders wichtig:

- **Weiterbildungsberatung**
Um mehr Menschen die Teilnahme an Weiterbildung zu ermöglichen bedarf es einer trägerneutralen flächendeckenden Beratungsstruktur (z.B. durch regionale Bildungsgenossenschaften), die mobile und aufsuchende Elemente beinhaltet. So wird insbesondere bildungsbenachteiligten Adressat_innen der Zugang zur passgenauen Fortbildung ermöglicht.
Initiativen zum Auf- bzw. Ausbau einer dauerhaften Beratungsstruktur sollten durch Förderprogramme des Bundes unterstützt werden.
- **Weiterbildung und Umsatzsteuer**
Sämtliche Bildungsangebote dienen der gesellschaftlichen, persönlichen und/oder beruflichen Fortentwicklung. Daher ist Bildung in keinem Fall „reine Freizeitgestaltung“. Vor diesem Hintergrund muss der Bund – auch auf EU-Ebene – sicherstellen, dass die Bildungsangebote dauerhaft von der Umsatzsteuer befreit bleiben.
- **Weiterbildungsbafög**
Wir unterstützen diesen Vorschlag von Bündnis 90/Die Grünen und empfehlen, auch den Bereich bürgerschaftlichen Engagements in die Förderung aufzunehmen.
- **Förderprogramme des Bundes**
Grundsätzlich sollte die Fördersystematik des Bundes so gestaltet sein, dass neben innovativen Projekten auch bewährte und evaluierte Angebote mittel- und langfristig gefördert werden können. Dies gilt besonders für den Bereich der politischen Bildung.



- Mittel der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)
Die dezentrale Projektförderung der *bpb* wurde in den letzten Jahren erheblich eingeschränkt. Die Fördermittel für die Einrichtungen der politischen Bildung sind in den vergangenen fünf Jahren von rund 8 Millionen Euro auf rund 5 Millionen Euro reduziert worden. Zur Stärkung und Weiterentwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen und bürgerschaftlichen Engagements muss zumindest das vorherige Förderbudget wieder bereitgestellt werden. Förderrichtlinien von Sonderprogrammen der *bpb* – wie beispielsweise dem Programm gegen Rechtsextremismus – müssen eine wiederholte Förderung bewährter Angebote ermöglichen.
- KJP-Programm
Bewährte Programme müssen weiterhin personal- und maßnahmenbezogen gefördert werden. Im Personalbereich ist eine deutliche Aufstockung der Förderung dringend geboten (zurzeit 35%). Nur so ist gewährleistet, dass auch kleine Einrichtungen weiterhin dezentral und milieunah arbeiten können.
- BAMF
Ein dezentrales und einwohnernahes Konzept von Integrationskursen ist notwendig damit die Zielgruppen die Angebote auch wahrnehmen können. Dazu ist es notwendig, die bürokratischen Verfahren zu vereinfachen, und die Mittel zu erhöhen. Nur so kann eine vielfältige, milieunahe Trägerlandschaft gesichert werden.
- **Bildungsprämie**
Das Verfahren ist so zu gestalten, dass die Liquidität und somit Existenz der Träger nicht gefährdet wird. Besonders problematisch ist hier die sehr späte Abrechnungspraxis für langfristige Weiterbildungen.
Die Einkommensgrenze ist zumindest auf das alte Maß zurückzuführen, damit mehr Menschen die Bildungsprämie in Anspruch nehmen können.
- **Bildung für besondere Zielgruppen**
Für die intensive Zielgruppenorientierung *Anderer Weiterbildung* (z.B. „Bildungsbenachteiligte“), bedarf es zusätzlicher Ressourcen für passgenaue Angebote. Hier haben sich besonders aufsuchende Bildungsformate bewährt. In diesem Bildungsbereich sind allerdings Projektentwicklung, Multiplikator_innen-Schulung und Teilnehmer_innenakquise mit einem deutlich erhöhten Personal- und Zeitaufwand verbunden.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für eine andere Weiterbildung (BAW)

Bildungspolitische Entwicklungen, innovative Konzepte und Themen wie Qualitätsmanagement oder EU-Förderung machen in der Regel nicht vor Bundesländergrenzen halt. Daher haben wir uns im Jahr 1999 zur **BAW** zusammengeschlossen.

Augenblicklich arbeiten *andere Bildungs(netz)werke* aus, Brandenburg, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz in der **BAW** zusammen.

Uns verbindet das Leitbild des selbstorganisierten und eigenverantwortlichen Lernens, das auf den ethischen Grundsätzen der Gewaltfreiheit, Emanzipation, Selbstbestimmung und Solidarität basiert.

Kontakt:

Friedhelm Jostmeier
LAAW-NRW e.V.
Tel.: 0521/1644540
mail@laaw-nrw.de

Weitere Infos unter www.b-a-w.info